

Ein „standfester Ökonom“

Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main

Die Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums in Bonn suchte 1976, als Helmut Schmidt Bundeskanzler war, einen „theoretisch versierten und ordnungspolitisch standfesten Ökonomen“. Horst Köhler wurde eingestellt. Man meinte, dieses Markenzeichen sei ihm auf den Leib geschrieben.

Standfest zeigte sich Horst Köhler als Staatssekretär im Finanzministerium. 1992 hat er dreimal gewagt, den weiträumigen Redestrom von Bundeskanzler Kohl zu unterbrechen, um ihn auf das vereinbarte Thema der Kabinettsrunde festzulegen.

Beachtliche Standfestigkeit hat Horst Köhler auch in der heiklen Position des geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds bewiesen. Diese Institution stand während der 90er Jahre unter dem Verdacht, die Interessen der USA und der reichen Industrieländer gegen die Länder des weltwirtschaftlichen Südens durchzuboxen und ihnen die herrschende marktradikale, wirtschaftsliberale Weltanschauung aufzudrängen. Der IWF trage nicht dazu bei, die Währungskrisen zu lösen, sondern sei selbst Bestandteil der Probleme - diese Meinung wurde von Finanzexperten geteilt. Horst Köhler hat die finanzpolitischen Fehler, die den Industrieländern bei der Regelung der Verschuldungs- und Währungskrisen unterlaufen sind, nicht vertuscht. Er hat dem Kampf gegen die weltweite Armut den ersten Rang eingeräumt und sich für ein internationales Insolvenzrecht eingesetzt, das eine unabhängige, unparteiliche Instanz bindet.

Ordnungspolitisch standfest zu sein, ist ein schillerndes Etikett. Es erinnert zum einen an Horst Köhlers Bekenntnis, dass es in der Gesellschaft um „mehr als Ökonomie“ gehen müsse. Es deckt auch seine Auffassung über ein verändertes Rollenbild von Männern und Frauen in einer Gesellschaft, die zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen bereit ist, die diesen Namen verdienen.

Zum andern ist es vereinbar mit Horst Köhlers klischeehafter Kritik des Sozialstaats, die das lebensfremde Denkmuster eines Mitglieds der politischen und ökonomischen Klasse spiegelt: Dieser sei auf bequeme Umverteilung fixiert, untergrabe die Bereitschaft zur persönlichen und familiären Solidarität und könne auf eine Grundsicherung zurückgeführt werden.

Die Aussagen eines Vorstellungsgesprächs, das der frühere Mitherausgeber einer Frankfurter Zeitung inszeniert und mit suggestiven Fragen aufgemischt hat, sind zwar nicht auf die Goldwaage zu legen. Aber ein paar Nachfragen sind wohl berechtigt.

Der designierte Bundespräsident scheint sich zum Anwalt von Angela Merkels Projekt neue Soziale Marktwirtschaft zu machen. Darüber hinaus traut er der Politikerin zu, die

CDU/CSU konzeptionell und mental auf die ordnungspolitische Linie Ludwig Erhards zurück zu führen. Auf die Frage des Journalisten, ob sie das Zeug habe, eine deutsche „Maggie Thatcher“ zu werden, meint er: „Sie sollte Maggie Thatcher nicht kopieren, aber bei der Tiefe und der Breite der Reformpolitik durchaus an ihr Maß nehmen“.

Ist Horst Köhlers Urteil über die missratene Agenda 2010 mehr als ein Tribut an die politische Ausgewogenheit? Bundeskanzler Schröder habe damit eine Signalwirkung von historischer Bedeutung ausgelöst und großen politischen Mut bewiesen. Einem Vergleich der Agenda mit dem Lambsdorff-Papier von 1982 könne er zustimmen. „Beide Papiere stehen für eine massive politische Kurskorrektur“.

Wie liest Horst Köhler das Lambsdorff-Papier von 1982, wenn er die Agenda von 2003 daneben legt? Denn das Lambsdorff-Papier ist auch die Kampfansage an eine aufgeklärte soziale Marktwirtschaft, den bisher anerkannten Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Denn die sozialen Einschnitte der Lohnsenkung, der Kürzung des Arbeitslosengelds, der Ausbildungsförderung und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren ebensowenig ein bloßes Anhängsel wie die Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln und beim Arztbesuch, die Lockerung des Kündigungsschutzes, der demographische Faktor in der Rentenformel und das Einfrieren der Regelsätze der Sozialhilfe. Sie bekräftigen gerade den konzeptionellen Vergleich zwischen Graf Lambsdorff und Kanzler Schröder.

Vor dem Amtseid ist nicht nach dem Amtseid. Dem neuen Bundespräsidenten ist zu wünschen, dass er ordnungspolitisch und sozialstaatlich standfest sein wird.

Frankfurter Neue Presse, 01.07.04,4.